

Was will das überarbeitete BÜPF?

JSVP Luzern, 13.12.2015



Gründe für die Überarbeitung des BÜPF

- Kommunikation ist heute oft digital und verschlüsselt
- Neue Technologien
- Bisherige Methoden sind nicht mehr zeitgemäss
- Modernisierung des Rechts
- Legitimierung bisheriger Tätigkeiten

Was wird überwacht?

Bestehend

- Post und Fernmeldeverkehr
- Überwachung auf Anordnung durch den DÜPF
- Access Provider

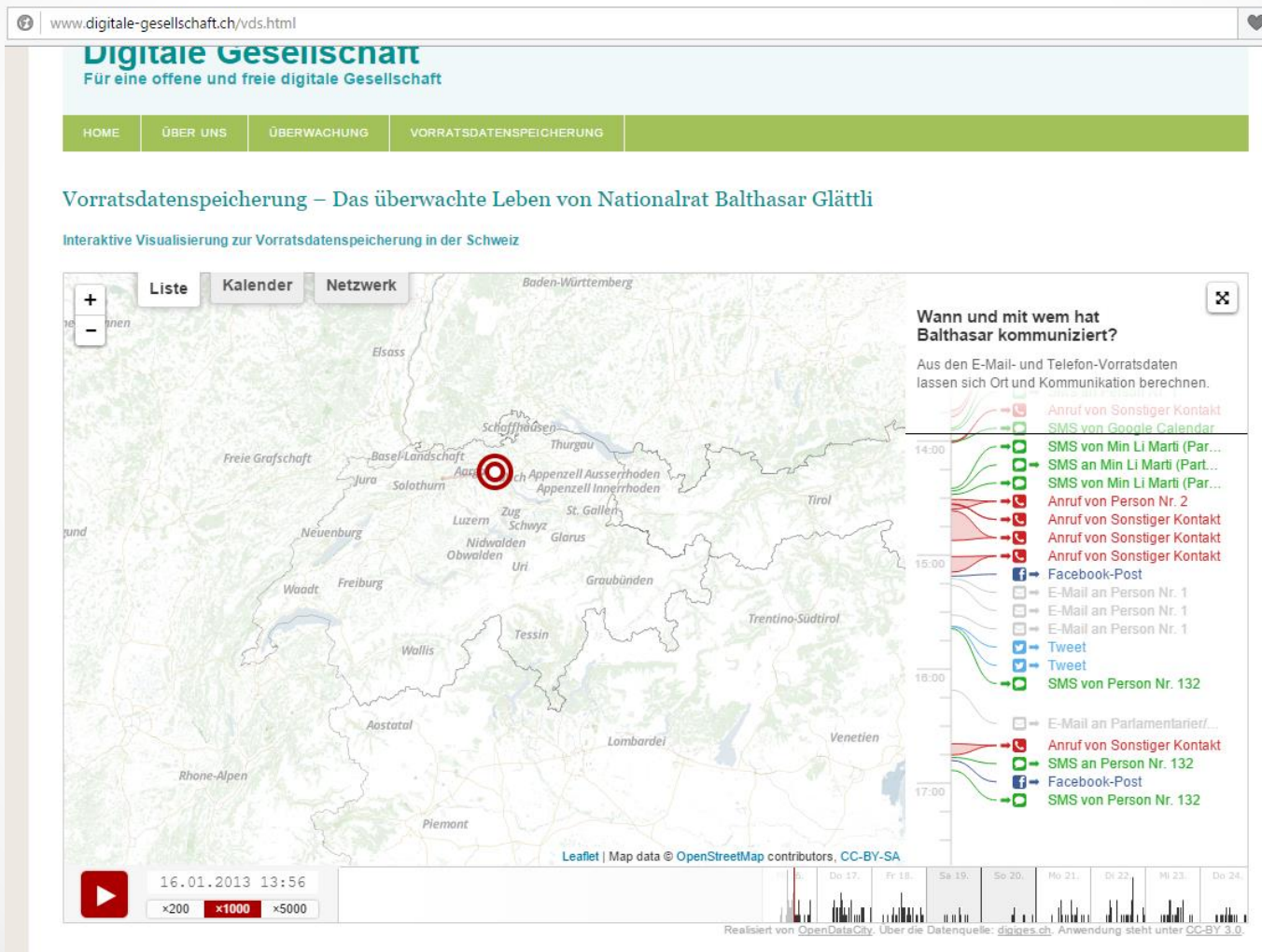
Neu, zusätzlich

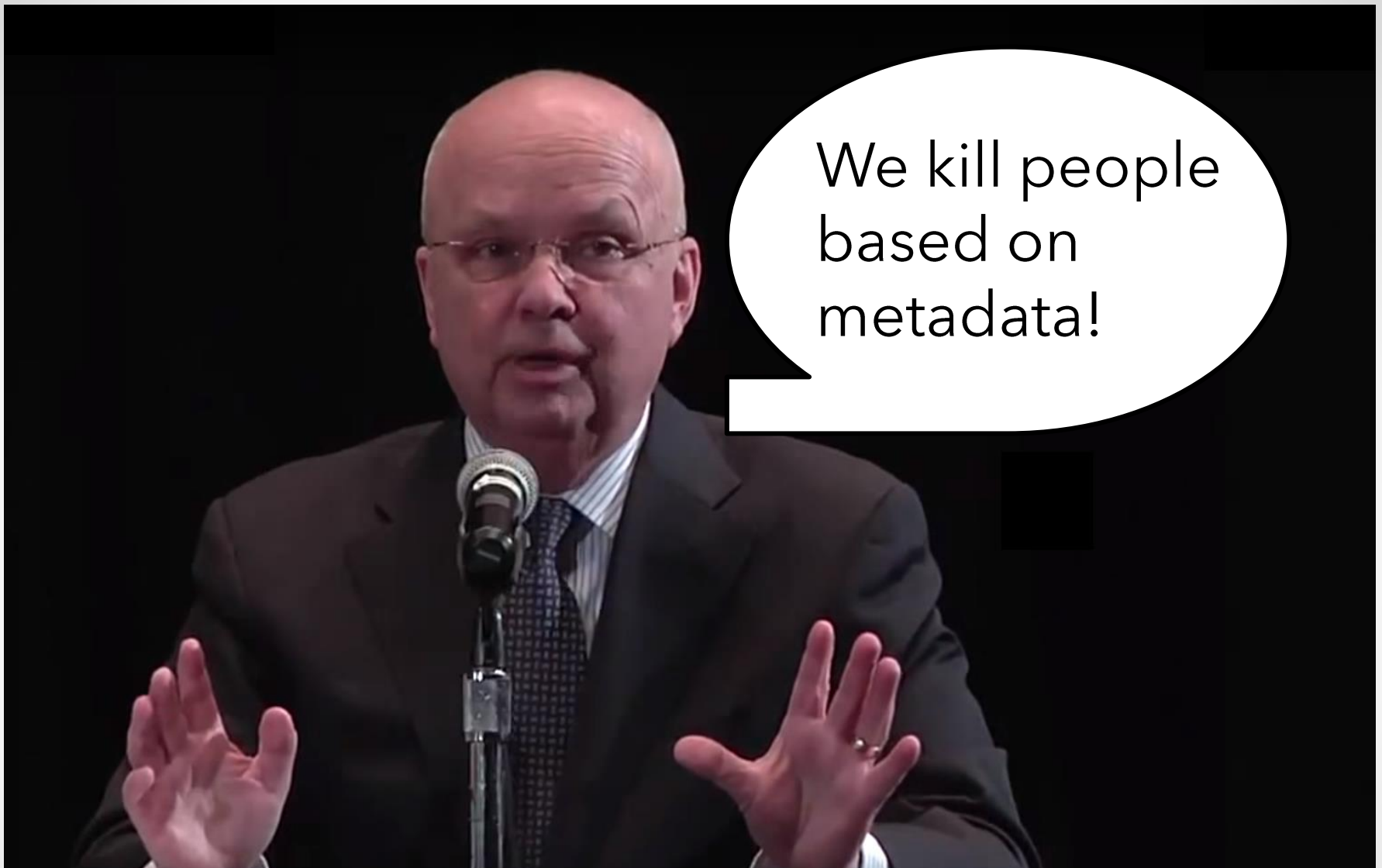
- Kollektiv, rückwirkend mit 6-12 Monaten Speicherfrist
- Access Provider, E-Mail Provider, Hosting Provider, Hotels, Spitäler, Schulen, Chatanbieter und auch Private

1. Lückenlose Überwachung der Metadaten (Vorratsdatenspeicherung)

- Eruierung der E-Mail-, Rechner- und IP-Adresse, Benutzername
- Überwachung von sämtlichen Metadaten
 - E-Mail
 - Chat
 - VoIP
 - Videochat
 - usw...
- Zur Überprüfung der Überwachungsbereitschaft haben die Provider dem Dienst die Benutzung ihrer Dienste **unentgeltlich** zu gewähren.
- Aufbewahrungspflicht von (6) 12 Monaten für Provider

1. Lückenlose Überwachung der Metadaten (Vorratsdatenspeicherung)





Chef der NSA, Michael Hayden, im April 2014

„Metadaten sagen einem absolut alles über das Leben von irgendjemandem. Wenn man genügend Metadaten hat, braucht man den Inhalt gar nicht mehr zu wissen.“

2. Neu: Staatstrojaner (GovWare)

Art. 270 bis STPO

Abfangen und Entschlüsselung von Daten (neu)

1 Sind bei einer Überwachung des Fernmeldeverkehrs die bisherigen Massnahmen erfolglos geblieben oder wären andere Überwachungsmassnahmen aussichtslos oder würden die Überwachung unverhältnismässig erschweren, **so kann die Staatsanwaltschaft auch ohne Wissen der überwachten Person das Einführen von Informatikprogrammen in ein Datensystem anordnen, um die Daten abzufangen und zu lesen.** Die Staatsanwaltschaft gibt in der Anordnung der Überwachung an, auf welche Art von Daten sie zugreifen will.

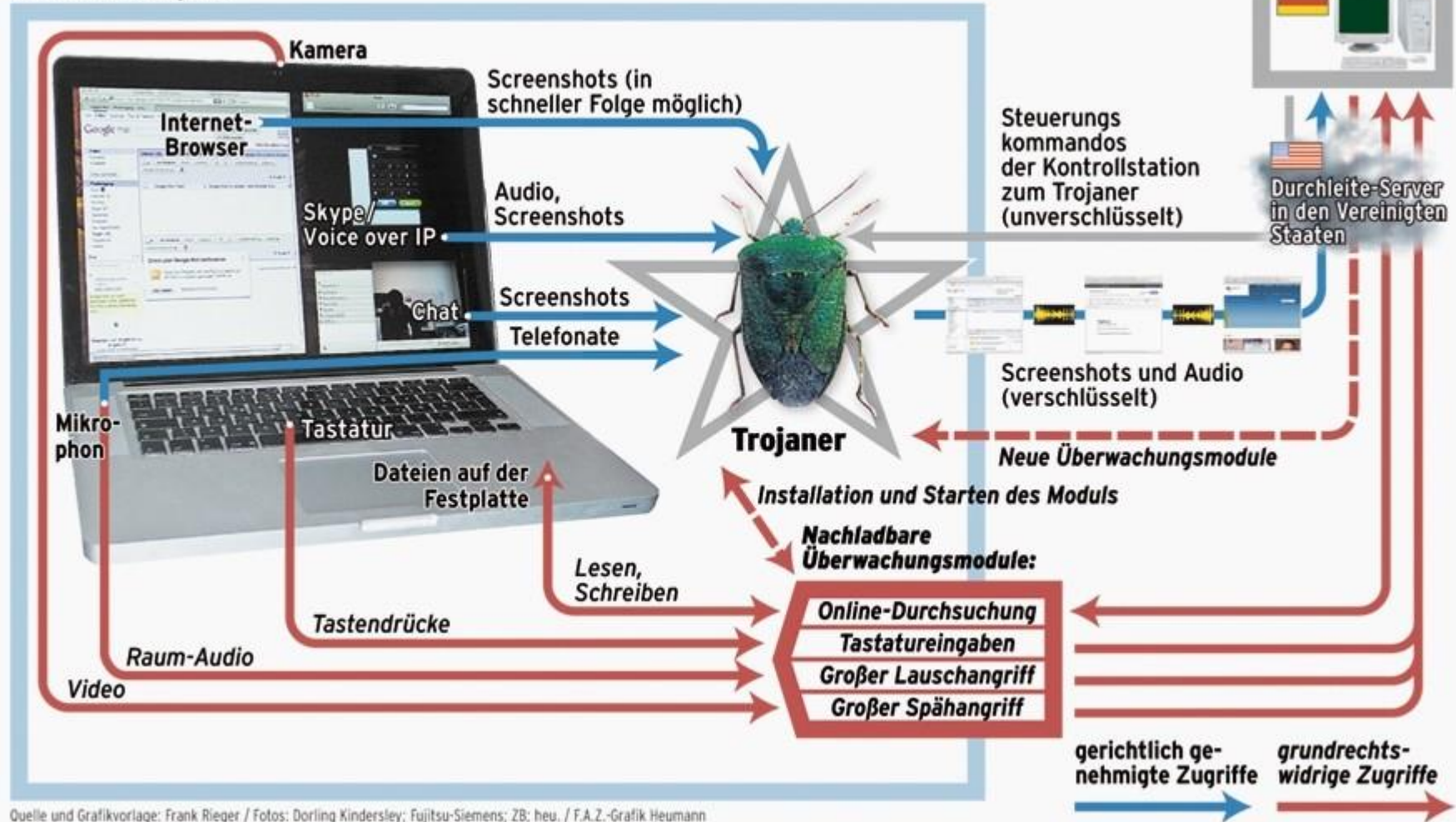
2 Die Anordnung bedarf der Genehmigung durch das Zwangsmassnahmengericht.

Der Nationalrat hat sich mit 114 zu 66 Stimmen deutlich für den Staatstrojaner ausgesprochen.

2. Neu: Staatstrojaner (GovWare)

Was der Staatstrojaner kann

Infiltrierter Computer



2. Neu: Staatstrojaner (GovWare)

- Staatstrojaner = Spionageprogramm, das gegen die gängigen Computer und Smartphones eingesetzt werden kann
- Kauf eines Staatstrojaners beinhaltet zwangsläufig auch Kauf geheimer Sicherheitslücken in Software -> Darf ein Rechtsstaat das?
- Unterjubeln von gefälschten Beweisen? Wie kann technisch sichergestellt werden, dass dies nicht geschieht? Beweissicherheit?
- Wie kommt ein Staatstrojaner auf die entsprechenden Rechner?
- Wie kommt er wieder von dort weg?

2. Neu: Staatstrojaner (GovWare)

« Vorige | Nächste »

Nach dem GAU: Überwachungssoftware-Hersteller Hacking Team versucht Schadensbegrenzung

07.07.2015 14:24 Uhr – Detlef Borchers

 vorlesen



(Bild: dpa, Karl-Josef Hildenbrand/Symbol)

Nachdem Hacker über 400 Gigabyte an internen Dokumenten von Hacking Team entwendet haben, versucht der Hersteller von Überwachungssoftware, den Schaden zu begrenzen. Hacking Team empfiehlt seinen Kunden, die Überwachungssoftware RCS nicht mehr zu nutzen.

<http://www.heise.de/security/meldung/Nach-dem-GAU-Ueberwachungssoftware-Hersteller-Hacking-Team-versucht-Schadensbegrenzung-2740253.html>

Status aktuell

Mai 2010

Bundesrat veranlasst
Totalrevision des BÜPF

Feb. 2013

Botschaft zum
Gesetzesentwurf
wurde ausgearbeitet.

Dez. 2015

Beschluss kommt in
Ständerat
(Anpassung)

Jetzt

Juni 2015

Beschluss kommt in
Nationalrat
(Anpassung)

März 2014

Beschluss kommt in
Ständerat
(Anpassung)

Nov. 2011

Gesetzesentwurf steht

Was kommt

Datum X (Wahrsch. April 2016)

Differenzbereinigungsverfahren
abgeschlossen.

X+100 Tage

Referendum kommt
Zustande

Jetzt

X+XJahre

Volk kann über das
BÜPF abstimmen

X+1Tag

Referendum wird ergriffen

Kämpfer gegen das BÜPF

UNTERSTÜTZENDE PARTEIEN



UNTERSTÜTZENDE ORGANISATIONEN



www.stopbuepf.ch

Zusammenfassung BÜPF:

Das neue BÜPF will:

- Erhebliche Ausdehnung der Überwachung in private Bereiche
- Verdachtslose Vorratsdatenspeicherung für 6-12 Monate
- Legitimierung von rechtsstaatlich bedenklichen Mitteln wie Staatstrojanern und IMSI-Catcher

Wir kämpfen gegen das Gesetz weil es folgende Konsequenzen hat:

- Erheblich höherer Aufwand für Provider aller Art
- Flächendeckende Pauschalüberwachung
- Masslose, überbordende Bespitzelung
- Misstrauensstimmung gegenüber der Bevölkerung

Das BÜPF führt nicht zu:

- Gesteigerter Aufklärungsquote bei Terrorbekämpfung



Und das NDG?

Das NDG will dem Nachrichtendienst die selben Möglichkeiten erlauben, aber geht noch weiter:

- Verdachtsunabhängige, pauschale Datenauswertung (!=Erhebung)
- Nachrichtendienst untersteht keiner demokratischen Kontrolle
- Kabelüberwachung (Internationale Transitkabel)
- Dem NDG ermöglichen, international mit anderen Diensten zusammenzuarbeiten
- Erweiterte Beschaffungsmassnahmen ermöglichen (Eindringen in Wohnungen)
- Sieht keine Transparenz oder demokratische Kontrolle vor

- Referendum: Ablaufrist 14.01.2015